

EINE STADT FÜR ALLE!

Zeitung zur Kommunalwahl 2011

DIE LINKE.

Kreisverband Darmstadt

Liebe Darmstädterinnen und Darmstädter,

der Kreisverband der LINKEN Darmstadt will Ihnen mit dieser Wahlzeitung das Programm und unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl am 27. März vorstellen. Auf der Website

www.linke-darmstadt.de

finden Sie Ausführlicheres zu unseren Vorstellungen für eine linke Politik in Darmstadt. Außerdem sind wir jeden Samstag auf dem Ludwigsplatz präsent und suchen auch an Infoständen in Eberstadt, Kranichstein, Arheilgen und in der Heimstättensiedlung das Gespräch mit Ihnen.

DIE LINKE steht für eine bessere Zukunft. Wir wollen eine Gesellschaft ohne Armut, in der alle Menschen in Frieden, Freiheit, Würde und sozialer Sicherheit leben können. Wir erleben tagtäglich, dass der Kapitalismus diesen Zielen Grenzen setzt und einer Demokratisierung der Gesellschaft im Wege steht. Dem Glauben an ein Wirtschaftssystem, in dem das Interesse einiger Weniger auf geheimnisvolle Weise dem Wohle Aller dienen soll, stellen wir die Idee des demokratischen Sozialismus entgegen. Zugleich streiten wir unter den gegebenen Verhältnissen dafür, vor Ort die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern.

Eine lebenswerte Stadt bietet allen Einwohnerinnen und Einwohnern guten Wohnraum zu erschwinglichen Mieten, gebührenfreie und qualifizierte Kinderbetreuung, gute

Schulen, humane Pflege und Betreuung für alte Menschen, preiswerten öffentlichen Nahverkehr, mehr direkte Demokratie, transparente Politik und Verwaltung, ein vielfältiges Kulturangebot für alle, ein breites Angebot an kostengünstigen Freizeiteinrichtungen, gepflegte Parks, sichere Radwege und intakte Straßen. In ihr haben alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teil.

Doch in Darmstadt standen in den letzten Jahrzehnten Sozialkürzungen, Gebührenerhöhungen, Demokratieabbau und unsinnige Großprojekte auf der Tagesordnung. Trotz ständig steigender Produktivität fällt der Lebensstandard breiter Teile der Bevölkerung und die Armut wächst.



DIE LINKE tritt an, um diese Entwicklung umzukehren – im gesamten Land wie auch hier in der Kommune. Deshalb: Wählen Sie keine Placebos, sondern unterstützen Sie die Politik der LINKEN im Bund, in Hessen und in Darmstadt.

Wählen Sie am 27.3. LISTE 5 - DIE LINKE

Darmstadt-Pass jetzt!

Kultur und Mobilität sind wesentliche Bestandteile von Lebensqualität. Deshalb fordert DIE LINKE einen Darmstadt-Pass mit Ermäßigungen bei Eintrittspreisen und öffentlichem Nahverkehr. Er soll zur kostenlosen oder ermäßigten Nutzung von städtischen oder städtisch geförderten Kultur-, Sport- und Freizeit und Bildungseinrichtungen berechtigen, also z.B. in Museen, Theatern, Schwimmbädern, dem Vivarium oder Kursen der Volkshochschule. Er gewährt eine 50prozentige Ermäßigung bei Zeitkarten für Bus und Bahn.

In anderen hessischen Städten wie Frankfurt oder Marburg gibt es bereits vergleichbare „Stadtspässe“, während die Stadt Darmstadt im vergangenen Jahr den Drittelzuschuss zu HEAG-Zeitkarten für sozial Benachteiligte gestrichen hat.

Ein Recht auf den Darmstadt-Pass hätten alle Empfängerinnen und Empfänger von Sozialtransferleistungen.

Aber auch Menschen, die im Niedriglohnsektor arbeiten, sind oft kaum besser gestellt. Deshalb sollen auch diejenigen, die Vollzeit arbeiten und weniger als den von der LINKEN geforderten Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde verdienen, in den Genuss der Vergünstigungen durch den Darmstadt-Pass kommen.

Außerdem fordern wir ein „1-Euro-Nachtticket“ in den weniger stark ausgelasteten Abend- und Nachtstunden, das für alle erhältlich ist. Dadurch wollen wir den Öffentlichen Nahverkehr attraktiver machen.

Klar – der Darmstadt-Pass ist nicht kostenlos zu haben. Wenn 8.000 Menschen das Sozialticket intensiv nutzen, kostet das Sozialticket ungefähr 2 Mio Euro. Das ist die Hälfte der jährlichen Subvention für das Kongresszentrum. Soviel sollte uns die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen in Darmstadt wert sein!

Natalie Krieger

Bauverein AG in die Pflicht nehmen



Der ehemalige „Bauverein für Arbeiterwohnungen“ hat sich längst von der Gemeinnützigkeit verabschiedet und handelt stattdessen wie ein Privatunternehmen im Auftrag der Stadt. Der Bau teurer Eigentumswohnungen, der Verkauf von Mietwohnungen oder Mietpreissteigernde Sanierungen sollen die Rendite erhöhen. Die Errichtung von dringend benötigtem preiswertem Wohnraum wird hingegen zurückgefahren. Aktu-

ell ist geplant, Mehrfamilienhäuser in der Oppenheimer Straße abzureißen und stattdessen eine deutlich größere Zahl von Reihenhäusern zu bauen, die für die bisherigen Mieterinnen und Mieter unerschwinglich sein werden. Dort entstehen zwar auch neue Sozialwohnungen, allerdings auf Kosten der Vernichtung von nicht sozial gebundenem günstigem Wohnraum. Die knappen städtischen Mittel für den sozialen Wohnungsbau sind auf

diese Weise schlecht angelegt. Gegen das Vorhaben kämpft eine Mieterinitiative, die wir unterstützen.

Der Umgang der Bauverein AG mit den „Kunden“ ist katastrophal: bei Schimmelbildung hat grundsätzlich der Mieter Schuld, unplausible überhöhte Heizkostenabrechnungen werden rücksichtslos durchgesetzt, Baumängel erst nach massivem Druck beseitigt und Instandhaltungsmaßnahmen hartnäckig hinausgeschoben. Früher gab es Hausmeister, die selbst in den Objekten lebten und die Probleme aus täglicher Anschauung kannten. Viele Mieterinnen und Mieter beklagen sich, dass diese durch einen zentralen Hausmeister-Service ersetzt wurden. Auch die Vergabe der Reinigung an private Unternehmen führt zu schweren Qualitätsmängeln.

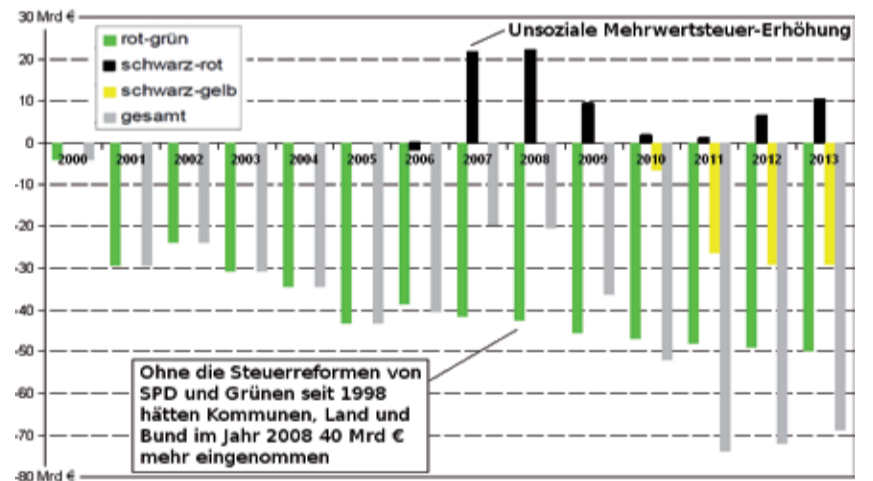
Wir wollen den Bauverein in die soziale Verantwortung zurückholen: Neuinvestitionen werden auf die Schaffung preiswerten Wohnraums konzentriert, Sanierungen unter Beibehaltung des Mietpreisniveaus durchgeführt, notwendige Instandhaltung zeitnah umgesetzt und der Umgang mit den Mieterinnen und Mietern wird schnellstmöglich verbessert.

Uli Franke

Reichtum umverteilen - Kommunen sind systemrelevant

Die Finanzkrise der Kommunen hält uns nicht davon ab zu fordern, was in Darmstadt notwendig und wichtig ist. Bei aller Kritik an den fragwürdigen Investitionen der letzten Jahrzehnte stellen wir fest, dass die Kommunen ein strukturelles Einnahmenproblem haben. Die Grafik zeigt die Wirkung der rot-grün-schwarz-gelben Steuerpolitik seit 1998. In Darmstadt wurden die Einnahmen durch die Steuerreformen der letzten 20 Jahre vom Wirtschaftswachstum abgekoppelt und sind preisbereinigt gleich geblieben. Dadurch wurden der Stadt 1 Mrd Euro vorenthalten. Mit den Steuergesetzen von 1990 wäre Darmstadt mit sanierten Schulen und schlaglochfreien Straßen heute schuldenfrei.

DIE LINKE fordert auf Bundesebene eine sozial gerechte Steuerreform und die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefortschrittssteuer. Diese soll – mit einem entsprechenden Freibetrag – Freiberuflerinnen und Freiberufler einbeziehen. Grundlage der Besteuerung soll die Wertschöpfung in der Kommune bilden, damit nicht Gewinne an einem Ort mit Verlusten an einer anderen Produktionsstätte verrechnet werden können. Für die Hebesätze ist ein enger Korridor festzulegen, damit die unselige Konkurrenz um niedrige Steuersätze unterbunden wird.



Die steuerreformbedingten bundesweiten Einnahmehausfälle aufgrund von Steuergesetzesänderungen seit 1998 von 2000-2013 (Quelle: ver.di Hessen, 2010)

Die sogenannte Schuldenbremse ist ein Freibrief für Sozialabbau und verhindert Zukunftsinvestitionen. Unsere Schulden müssen durch verbesserte Einnahmen des Staates abgebaut werden, und nicht durch Kürzungen bei sozialen Einrichtungen, Schulen, Kindergärten und Vereinen. Wir wollen unseren Kindern keine ruinierte öffentliche Infrastruktur und keine in arm und reich gesplante Gesellschaft hinterlassen. Deshalb werben wir für das „NEIN zur Schuldenbremse“ am 27. März.

DIE LINKE Darmstadt arbeitet konstruktiv und verbindlich mit anderen politischen Kräften zusammen, wenn dies zu sozialen und ökologi-

schen Verbesserungen führt. Für die dazu notwendigen Kompromisse setzen wir unserer künftigen Fraktion „Rote Haltelinien“: DIE LINKE wird weiterem Sozialabbau, Abbau öffentlicher Beschäftigung, Privatisierungen bei der Daseinsvorsorge sowie Projektfinanzierung durch Öffentlich-Private „Partnerschaften“ (ÖPP) nicht zustimmen. Den Bau der Nordostumgehungen lehnen wir kategorisch ab und verlangen, dass der Beschluss aufgehoben wird. DIE LINKE wird keine Kürzungen von freiwilligen Leistungen im sozialen Bereich, bei freien Kulturträgern und bei der Kinderbetreuung mittragen.

Karl-Heinz Böck

SCHULDENBREMSE = SOZIALABBAU! ⊗ NEIN

DIE LINKE.

Menschen vor Profite

Konversion als soziale Aufgabe

Für die von der US-Armee aufgegebenen Flächen eine zivile Nutzung zu finden ist keine schwere Aufgabe. Den vorhandenen 860 Wohneinheiten in der Jefferson- und der Lincoln-Siedlung stehen etwa 2000 eine Sozialwohnung suchende Haushalte gegenüber. Mehrere Gruppen suchen Wohnungen um neue Wohnformen zu verwirklichen. Darum dürfen die „Konversionsflächen“ nicht in die Hände von Privatinvestoren fallen.

Wir sind dafür, dass die öffentliche Hand direkt oder indirekt in den Siedlungen selbst als Investor auftritt und Wohnungen an Mieter-Genossenschaften vergibt. Ähnlich wie in Gießen könnte mit Mitteln der Stadt oder der Bauverein AG eine nicht gewinnorientierte Dachgenossenschaft zur Zwischenfinanzierung und zur Entwicklung der Konversionsflächen gegründet werden, an der auch die Wohnprojekte beteiligt sind. Die Stadt muss mit der Bundesanstalt



Intakter Wohnraum im Lincoln-Village zwischen Bessungen und Eberstadt - hier müssen mindestens 450 günstige Wohneinheiten entstehen

BlmA hart verhandeln mit ihrer Planungshoheit als Druckmittel. Unser Ziel ist die Bereitstellung von günstigem Wohnraum in mindestens der Hälfte der neuen Einheiten auf den Konversionsflächen.

In den kommenden drei Jahren werden mehrere tausend Studentinnen und Studenten zusätzlich nach

Darmstadt kommen und ein Zimmer suchen, weil die Wehrpflicht ausgesetzt wird und doppelte Abiturjahrgänge gleichzeitig in die Hochschulen strömen. Um dieses Problem zu lösen kann planerische Fantasie in den Dachgeschossen der Lincoln-Siedlung und der Kelley-Kaserne fündig werden.

Werner Krone

Direkte Demokratie stärken

Die Linksfraktion im Landtag kämpft für eine Novellierung der Hessischen Gemeindeordnung, nach der die Hürden für Bürgerbegehren und -entscheide nach bayrischem Vorbild abgesenkt werden: In Darmstadt könnten demnach 5.200 wahlberechtigte Gemeindeangehörige (5%) ein Begehren einreichen, über das dann ein Entscheid stattfindet. Eine Mehrheit wäre gültig, wenn diese mehr als 10.400 Gemeindeangehörige (10%) umfasst. Diese Regeln wären das Ende der Nordost-„Umgehung“ gewesen!

Darüber hinaus wollen wir das kommunale Petitionsrecht und den Gemeindeantrag einführen. Letzteren könnten 1.400 Gemeindeangehörige ab 14 Jahren (1%) an die Stadtverordnetenversammlung stellen. Diese beiden direkt-demokratischen Mittel stünden auch den nicht wahlberechtigten Darmstädterinnen und Darmstädtern zur Verfügung.

Mehr dazu unter <http://tinyurl.com/hgo-novelle-hessen>.

Hartz IV: Für die Anhebung der Regelsätze, gegen Optionsmodell

Die Hartz IV-Parteien SPD, Grüne, CDU und FDP streben im Rahmen der SGB II-Organisationsreform ab 2012 eine „Optionslösung“ für Darmstadt an. Die Stadt soll die Verwaltung der Hartz IV-Leistungsempfänger/innen allein übernehmen. Bisher geschieht dies in der ARGE bzw. Jobcenter zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit.

Die Einführung von zunächst 69 Optionskommunen bundesweit ging wesentlich auf die Initiative Roland Kochs zurück. Die Bewerbung Darmstadts für die Option war möglich geworden, weil der Bundestag im vergangenen Jahr die Erweiterung der Zahl der Optionskommunen auf bundesweit 110 beschlossen hatte.

Wir halten das „Optionsmodell“ für einen Schritt hin zur Kommunalisierung und damit zur weitgehenden Dezentralisierung der Arbeitsmarktpolitik im Hartz IV-Bereich. Den Kommunen soll die Verantwortung für die Bewältigung der Langzeiterwerbslosigkeit aufgebürdet werden.

Der Magistrat erwartet sich eine Einsparung von ca. 700.000 Euro durch die Übernahme des Jobcenters in die kommunale Trägerschaft. Wir befürchten langfristig eine finanzielle Mehrbelastung, wenn der Bund im Rahmen seiner sozialpolitischen Kürzungsorgien die entsprechenden Haushaltsmittel weiter verringert und sich mehr und mehr aus der Verantwortung stiehlt.

Denn generell geht es Kapital und Politik darum, für Erwerbslose so wenig Geld wie möglich auszugeben, auf die Betroffenen permanent Druck auszuüben und damit verstärkt Hungerlöhnen Tür und Tor zu öffnen. DIE LINKE fordert deshalb den Rückzug Darmstadts von der Bewerbung als Optionskommune.

Insgesamt setzt sich DIE LINKE für die sofortige Anhebung des Regelsatzes auf 500 Euro ein. Wir wollen perspektivisch das Hartz-IV-System durch eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzen.

Frank Gerfelder-Jung

Demokratische Mitbestimmung auch ohne deutschen Pass

In unserer Stadt leben über 22.000 Menschen ohne deutschen Pass, das sind 16 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner von Darmstadt. Von kommunalpolitischen Entscheidungen sind sie genauso betroffen wie deutsche Staatsangehörige. Doch wenn sie keine Bürgerinnen oder Bürger eines EU-Lands sind, bleiben sie von den kommunalen Entscheidungsprozessen und Wahlen ausgeschlossen.

Anstatt darüber zu diskutieren, wie man die Migrantinnen und Migranten in eine „Leitkultur“ einpassen kann, wollen wir die Betroffenen in die Suche nach Lösungen mit einbeziehen. In Umfragen stellt sich immer wieder heraus, dass auch die Migrantinnen und Migranten mit der In-

tegrationspolitik nicht zufrieden sind und sich – anders als immer wieder unterstellt wird – mehr Möglichkeiten und Chancen zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben wünschen. Sie möchten in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichgestellt sein. Allzuoft müssen sie jedoch feststellen, dass die Politik umgekehrt darauf abzielt, sie als Sündenböcke für die Folgen der ungerechten Umverteilungspolitik darzustellen. Deshalb wollen wir ihre umfassende Einbeziehung in das soziale, politische, kulturelle und wirtschaftliche Leben unserer Stadt erreichen.

Die schwache Beteiligung bei der Wahl des Ausländerbeirats im November 2010 zeigt, dass sich die nicht wahlberechtigten Darmstädterinnen

und Darmstädter nicht mit einem weitgehend einflusslosen und von der Öffentlichkeit wenig beachteten Gremium abspesen lassen. Unsere Landtagsfraktion hat eine Novellierung der Hessischen Gemeindeordnung eingebracht, die nicht nur Einwohnerentscheide erleichtern, sondern auch Einwohneranträge sowie kommunale Petitionen ermöglichen würde. An den beiden letztgenannten Instrumenten demokratischer Mitbestimmung könnten alle Gemeindeangehörigen ungeachtet ihrer Nationalität teilnehmen.

Auf der Bundesebene setzt sich DIE LINKE dafür, dass zumindest in den Kommunen alle Einwohnerinnen und Einwohner das aktive und passive Wahlrecht erhalten können.

Natalie Krieger

Stadtkonzern resozialisieren

Der Stadtkonzern HEAG Holding umfasst einen großen Teil der städtischen Wirtschaftskraft. Allein die HSE AG, die Bauverein AG, die HEAG mobilio GmbH und die Klinikum Darmstadt gGmbH vereinen ein Eigenkapital von über 700 Mio Euro. Diese Unternehmen sind privatwirtschaftlich verfasst und damit der demokratischen Kontrolle entzogen. Gewinnstreben und kommerzielle Interessen gewinnen die Oberhand, obwohl die Stadt Mehrheitseigentümerin bleibt. Die soziale Verantwortung bleibt auf der Strecke. Um die Gemeinwohlorientierung durchzusetzen, müssen städtische Unternehmen als Eigenbetriebe oder selbständige Kommunalunternehmen betrieben werden. Die Einführung der letztgenannten

Unternehmensform wird von unserer Landtagsfraktion gefordert.

Private Firmen wie das Busunternehmen Glück & Seitz oder der Anlagenbauer Nohl wurden übernommen und in den Stadtkonzern eingegliedert. Ziel war dabei, die schlechteren Tarife der Privatunternehmen mit einzukaufen. DIE LINKE ist gegen Lohnrückerei im Stadtkonzern und fordert die gleichberechtigte Mitbestimmung der Beschäftigten.

Kurzfristig wollen wir zusammen mit Einwohnerinnen und Einwohnern sowie den Beschäftigten in der öffentlichen Auseinandersetzung politischen Druck erzeugen, um die Unternehmen des Stadtkonzerns in die soziale Verantwortung zu zwingen.

Uli Franke

Gute Arbeit für Darmstadt

Die Kommunen könnten durch ordentliche Tarifabschlüsse bei Arbeitszeit und Entlohnung Standards setzen. Doch leider haben sie in den vergangenen Jahren den umgekehrten Weg eingeschlagen. DIE LINKE steht in künftigen Auseinandersetzungen um Einkommen und Arbeitszeit auf der Seite der kommunalen Beschäftigten. Einem Stellenabbau bei der Stadt durch Umsetzung des „Personalkonsolidierungskonzepts“ werden wir nicht zustimmen.

von Frauen und Männern voranbringen, sind auf diesem Wege zu fördern. Die öffentliche Hand darf nicht bei Firmen einkaufen, die mit Kinder- oder Zwangsarbeit produzieren oder Gewerkschaftsrechte missachten. Dieser Verdacht konnte bei den indischen Pflastersteinen auf dem Marktplatz nie ausgeräumt werden.

Wir sind gegen „Bürgerarbeit“ und Ein-Euro-Jobs beim Gartenamt, in Kindergärten oder Schulen. Es ist öffentlich gefördertes Lohndumping,



Warnstreik in Darmstadt für bessere Löhne

Gegenüber der Privatwirtschaft kann die Kommunalpolitik Druck ausüben, indem sie die Auftragsvergabe an Bedingungen knüpft. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass nur Unternehmen, die Tariflöhne zahlen und das Arbeitnehmerentgelt einhalten, in Darmstadt öffentliche Aufträge erhalten. Betriebe, die viele Ausbildungsplätze anbieten und die Gleichstellung

wenn reguläre Stellen vernichtet werden und die gleiche Arbeit später bei „Wiedereingliederungsmaßnahmen“ zu Niedrigstlöhnen erledigt wird. Die Menschen in Darmstadt brauchen tarifvertraglich abgesicherte, sozialversicherungsspflichtige und Existenzsichernde Arbeitsplätze, die gerade jungen Menschen Perspektiven bieten.

Hüdaverdi Kaya

Kein „Museum Sander“ an der Mathildenhöhe

Das Millionärsehepaar Sander (Wella Erben) führt die Verantwortlichen der Stadt Darmstadt vor. Öffentliche Armut und privater Reichtum treten aufeinander. Die Bürgerinitiative „SOS Mathildenhöhe Darmstadt“ hat inzwischen viele Ungereimtheiten aufgedeckt.

DIE LINKE ist gegen den Bau des Museum Sander am Südhang der Mathildenhöhe. Denn keiner der Entwürfe ist auch nur annähernd dazu geeignet, sich in das denkmalgeschützte Jugendstil-Ensemble harmonisch einzufügen. Das Gebäude bliebe immer

ein Fremdkörper. Außerdem erfordert der Bau an diesem Ort einen massiven Eingriff in die Bodenverhältnisse und würde dadurch die Substanz des Ernst-Ludwig-Hauses gefährden.

Die Menschen in Darmstadt wollen frühzeitig informiert und von Anfang an im demokratischen Entscheidungsprozess beteiligt werden. Die Mathildenhöhe gehört den Darmstädterinnen und Darmstädtern, und nicht einem Millionärsehepaar, das sein Geld anlegen und sich ein Denkmal schaffen will.

Many Rugies

DIE LINKE.
Menschen vor Profite

SOZIALE GERECHTIGKEIT SCHAFFEN!

Sprinter S-Bahn statt ICE-Halt, Regionalverkehr stärken

Wichtiger als ein Prestige-ICE-Halt in Darmstadt sind die bestehenden Direktverbindungen mit IC nach München/Salzburg, Karlsruhe und Saarbrücken. Außerdem können ICE weiterhin über die ohnehin geplante Nordanbindung unseren Hauptbahn-

stative zur ICE-Vollanbindung. Diese Sprinter S-Bahn soll auch Pendlerinnen und Pendlern nützen. Daher muss für hier der RMV-Tarif gelten. Das ist realistisch, wenn die Bahn keine überhöhten Gebühren zur Nutzung der Neubaustrecke erhebt.



hof erreichen. Hierfür brauchen wir keinen „Bypass“ an der Eschollbrücker Straße. DIE LINKE ist für die Führung der Neubaustrecke parallel zur Autobahn. Nur so werden tagsüber 250 km/h schnelle Reizezüge und nachts schneller Güterverkehr von der Stadt ferngehalten. Auch einen ICE-Bahnhof in der Siedlung Tann halten wir nicht für sinnvoll.

Wir fordern eine schnelle und eng getaktete Verbindung zum Fernbahnhof am Frankfurter Flughafen und weiter nach Wiesbaden als Altern-

Für den AirLiner muss endlich der normale RMV-Tarif gelten. Semesterticket und Schwerbehindertenausweis sind auch hier ohne Aufpreis anzuerkennen.

Damit die Verkehrsbedürfnisse der großen Mehrheit erfüllt werden, ist die Verbesserung des Angebots regionaler Bahnverbindungen entscheidend. Dazu brauchen wir unter anderem eine schnellere Regionalverbindung in Richtung Heidelberg/Mannheim und Erbach.

Werner Krone

Gemeinsam lernen

Im Zentrum linker Schulpolitik steht die Herstellung gleicher Entwicklungsvoraussetzungen und Entfaltungsmöglichkeiten für alle Kinder. Schülerinnen und Schüler müssen in ihren Fähigkeiten individuell gefördert werden. Chancengleichheit wird am Besten in integrierten Gesamtschulen umgesetzt. In diesen ist längeres gemeinsames Lernen möglich, anstelle von Leistungsdruck und G8. Davon profitieren alle Schülerinnen und Schüler gleichermaßen. Wir treten für eine Stärkung der integrierten Gesamtschulen in Darmstadt ein.

Dort kann auch das in der UN-Behindertenrechtskonvention festgelegte Ziel der Inklusion, also das gemeinsame Lernen behinderter und nichtbehinderter Kinder, am Besten umgesetzt werden. Bei entsprechender Ausstattung mit Räumen, Personal und Arbeitsmitteln können behinderte und nicht behinderte, hoch begabte und besonders förderungsbedürftige Kinder mit und ohne Migrationshintergrund miteinander lernen.

Für die Bildungsregion der Stadt Darmstadt und des Landkreises Darmstadt-Dieburg ist die gestalterische Planung im Rahmen eines gemeinsamen Schulentwicklungsplans längst überfällig. Wir schlagen die Einrichtung einer zusätzlichen integrierten Gesamtschule mit naturwissenschaftlich-technischer Schwerpunktbildung in zentraler und aus dem Umland gut erreichbarer Lage in Darmstadt vor. Sie soll als Modell mit überregionaler Ausstrahlungskraft, mit fortschrittlichem pädagogischen Konzept und mit einer engen Kooperation mit den Darmstädter Forschungseinrichtungen in unserer Schullandschaft verankert werden.

Die Stadt als zuständiger Schulträger ist verantwortlich für die Weiterentwicklung aller Darmstädter Schulen hin zu wirklichen Ganztageinrichtungen. Sie muss durch die Sanierung und eine bessere Ausstattung der Schulen ihren Teil dazu beitragen, dass aus Lehranstalten Lebensräume werden.

Martina Hübscher-Paul

Schuldenbremse = Investitionsbremse. Deshalb: NEIN!

Radverkehrsanteil in Darmstadt verdoppeln

Das Verkehrsmittel Fahrrad hat vier entscheidende Vorteile: Es ist emissionsfrei. Es ist preiswert in Anschaffung und Unterhalt. Es ist für die Stadt günstig: Jeder Autofahrer und jede Autofahrerin kostet Darmstadt so viel wie 14 Radfahrer/innen. Und es ist auf Strecken bis fünf Kilometer konkurrenzlos schnell.

Deshalb will die Linke den Radverkehrsanteil in den nächsten fünf Jahren von 15% auf 30% verdoppeln. Damit verringern wir den Autoverkehr in Darmstadt deutlich mehr als mit der Nordost-„Umgehung“ und das zu einem Bruchteil der Kosten. Außerdem können wir nur auf diese Weise unsere Klimaschutzziele erreichen.

DIE LINKE will Schluss machen mit der verschlafenen Radverkehrspolitik der letzten 20 Jahre.

Um dies zu erreichen, wollen wir ein praxistaugliches Konzept in Form eines Fahrradnetzplans entwi-



ckeln, denn durchgängige Radwege mit klarer Streckenführung sind in Darmstadt die Ausnahme. Beispiel:

Wer von Norden kommend in die Innenstadt radelt, für den ist der Bereich zwischen Willy-Brandt-Platz und Luisenplatz Niemandsland. Bei der Neugestaltung der Frankfurter Landstraße in Arheilgen wurde der Radverkehr einfach vergessen (siehe Foto). Hier kann und muss durch eine parallele Fahrradstraße Abhilfe geschaffen werden.

Fahrradstraßen sind eine einfache Möglichkeit, schnelle und sichere Radverbindungen zwischen den Stadtteilen herzustellen, ohne den motorisierten Anliegerverkehr übermäßig einzuschränken. Hierzu bietet sich weiterhin die Pankratiusstraße als Verbindung zum Bürgerparkviertel mit einer anschließenden Fahrradbahn nach Kranichstein an. Auch die Soderstraße

könnte als Fahrradstraße ausgewiesen werden.

Es kann nicht so weiter gehen wie bisher. Wir brauchen neue, bessere und sichere Radwege. Wir brauchen Fahrradstraßen. Wir brauchen Schutzstreifen für den Radverkehr. Wir brauchen diebstahlsichere und ortsfeste Fahrradstellplätze. Radfahrerinnen und Radfahrer dürfen nicht durch zu kurze Grünphasen ausgebremst werden. Und wir müssen die Kreuzungen sicherer machen, damit Eltern ihre Kinder mit ruhigem Gewissen in die Schule radeln lassen können.

Stefan Nold

Natalie Krieger

Keine Kürzungen auf dem Rücken der städtischen Beschäftigten

Wenn ein Unternehmen in schwieriges Fahrwasser gerät, denken die Manager zuerst ans Personal - und zwar meistens an dessen Abbau. Auch in den Kommunen wird dies vermehrt diskutiert. In Darmstadt hat der Stadtverordnete Theo Ludwig (FDP) dazu aufgefordert, über betriebsbedingte Kündigungen nachzudenken. Auch der Regierungspräsident macht Druck in diese Richtung. Dabei wurden Personalstand und -kosten in den letzten Jahren schon erheblich

gesenkt. Deutschland hat einen im internationalen Vergleich sehr niedrigen Anteil der öffentlichen Beschäftigung.

In Darmstadt wird zur „Haushaltsicherung“ jede frei werdende Stelle erst nach drei Monaten wieder besetzt und jede vierte Stelle fällt weg. Das führt zu massiver Arbeitsverdichtung in den Ämtern und Betrieben der Stadt mit all ihren Auswirkungen: Überarbeitung, Erkrankungen durch Stress und Unzufriedenheit bei den

Beschäftigten. Unter solchen Voraussetzungen leidet die Qualität der Dienstleistungen und fördert damit auch die Unzufriedenheit der Einwohnerinnen und Einwohner.

Deshalb wird DIE LINKE keinem Haushalt zustimmen, der Beschäftigungsabbau bei der Stadt beinhaltet. Sichere Arbeitsplätze, gute Arbeit und ein angenehmes Betriebsklima für die Beschäftigten stehen für uns im Mittelpunkt. Dafür werden wir uns einsetzen.

Bianca Teipelke

Finger weg von ÖPP

Knappe Kassen verführen viele Städte und Kreise, Investitionen durch öffentlich-private „Partnerschaften“ (ÖPP) zu finanzieren. Dabei werden öffentliche Projekte von privaten Investoren durchgeführt, und die Kommune zahlt die Bau- und Betriebskosten über einen langen Zeitraum als Miete ab. So werden die öffentlichen Kassen zwar kurzfristig entlastet, zum Ausgleich gehen die Kommunen aber langfristig hohe Zahlungsverpflichtungen ein. Die üblicherweise geheim gehaltenen Verträge beinhalten üblicherweise Klauseln, die es dem Investor ermöglichen, das unternehmerische Risiko auf die Kommune abzuwälzen. ÖPP ist ein anderes Wort für „Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren“.

So endete beispielsweise der Versuch des Landkreises Offenbach, auf diese Weise seine Schulen zu sanieren, in einem finanziellen Fiasko: er muss über die gesamte Vertragslauf-

Mitgestaltung und Transparenz für Darmstadt

Kommunen sind die Grundlage des Gemeinwesens. Hier müssen die Menschen gemeinsam für eine soziale, offene, solidarische und demokratische Gesellschaft streiten. Wir werden darauf achten, dass Stadtverordnetenversammlung, Magistrat und Stadtverwaltung vorhandene Handlungsspielräume nutzen, um die Einwohner/innen an Entscheidungen zu beteiligen. Darüber hinaus befürworten wir die Initiative unserer Landtagsfraktion, Bürgerbegehren und -entscheide zu vereinfachen und das kommunale Petitionsrecht sowie den Gemeindeantrag einzuführen.

Ortsbeiräte oder andere gewachsene Vertretungsstrukturen stärken die Einbindung der Menschen in den Stadtteilen. DIE LINKE wird Forderungen der Bewohnerinnen und Bewohner nach Gründung oder Stärkung solcher Gremien aufgreifen und unterstützen.

Transparenz ist Grundvoraussetzung für Mitgestaltung. Es muss möglich sein, sich einfach über die Vorgänge in Stadtverordnetenversammlung und Verwaltung zu informieren. Wir wollen, dass die Finanzen unserer Stadt in einem „bürgerlesbaren Haushalt“ in verständlicher Form aufbereitet werden. Zwar sind viele Informationen über das Parliamentsinformationssystem im Internet zugänglich, doch längst nicht alle Menschen verfügen über einen Internetzugang. Deshalb muss das Angebot an öffentlich zugänglichen Internetanschlüssen zur Nutzung des städtischen Angebots, etwa in den Stadtteilbibliotheken, ausgebaut werden.

Im Gespräch und in der Diskussion wird entdeckt, wo es im Stadtteil „klemmt“ und wie Probleme gelöst werden könnten. Und gemeinsam gelingt es leichter, die „heißen Eisen“ anzupacken und gegenüber den Verantwortlichen in der Stadt auf Lösungen zu dringen. Damit sich Menschen zusammen tun können, brauchen sie Orte, um miteinander ins Gespräch zu kommen. Wir fordern deshalb die Bereitstellung preiswerter Versammlungsräume für soziale und politische Aktivitäten.

REICHTUM UMVERTEILEN!

DIE LINKE.

Menschen vor Profite

Stadt der kulturellen Vielfalt

DIE LINKE will allen Menschen in Darmstadt eine gleiche Teilhabe am kulturellen Leben ermöglichen. Dann kann Kultur durch die Förderung von Toleranz und Vielfalt dem Auseinanderbrechen der Stadt zwischen Arm und Reich entgegen wirken. Deshalb müssen sozial Benachteiligte einen kostengünstigen Zugang zum Darmstädter Kulturangebot bekommen. Wir fordern, dass neben den Studierenden auch Jugendliche und Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen Vorstellungen im Staatstheater kostenlos besuchen dürfen.

Die Stadtteilbibliotheken müssen erhalten bleiben und mit ausreichend Personal wieder sachgerechte Öffnungszeiten anbieten.

Die freie Kulturszene erhält ungefähr zwei Prozent des städtischen Kulturbudgets. Bei aller Wertschätzung unserer „kulturellen Leuchttürme“ wie dem Staatstheater und der Centralstation sehen wir darin ein Missverhältnis. DIE LINKE fordert die Verdoppelung der Förderung der freien

Kultur. Hierzu ist der Ertrag der geplanten „Bettensteuer“ auf die Hotelübernachtungen möglichst vollständig zu verwenden.

Kulturschaffende müssen von ihrer Arbeit leben können. Dies gilt für die Beschäftigten des Staatstheaters genauso wie für die hauptberuflichen Künstlerinnen und Künstler der freien Szene. Die Haushaltssperre bei den „freiwilligen Leistungen“ hat die ohnehin schwierige Lage vieler Projekte weiter verschärft. Wir wollen den freien Kultureinrichtungen durch mehr vertraglich abgesicherte Leistungen eine sichere Planung und den Künstlerinnen und Künstlern ein besseres Auskommen ermöglichen.

Wir schlagen die Umnutzung des leerstehenden ehemaligen Elektro-Saladin-Gebäudes zu einem nicht-kommerziellen Kulturraum mit kommunaler Galerie, Konzertraum und Café vor. Außerdem könnte hier eine Beratungsstelle für Heranwachsende in Fragen der beruflichen (Weiter-)Bildung eingerichtet werden.

Uli Franke

Kinderbetreuung flächendeckend, qualifiziert und gebührenfrei

Für viele Familien sind Kinder ein Armutsrisiko. Immer mehr Haushalte sind auf zwei Gehälter angewiesen. Diese Familien und natürlich auch Alleinerziehende sind auf ein flächendeckendes Betreuungsangebot angewiesen, um neben der Erziehung des Nachwuchses auch ihre materielle Existenz zu sichern. Auch und gerade die Kinder, deren Eltern von Erwerbslosigkeit betroffen sind, müssen in den Genuss einer guten Betreuung kommen.

In Darmstadt leben über 4.000 Kinder unter drei Jahren, doch nur für 25% von ihnen stehen Betreuungsplätze zur Verfügung. Sogar die Bundesregierung strebt bis 2013 eine Versorgung von 35% an. Wir wollen den Ausbau der öffentlichen und freigemeinnützigen Kinderkrippen um rund 1.500 zusätzliche Krippenplätze in den nächsten Jahren. Gemeinsam mit dem Angebot von Tagesmüttern

und privaten Elterninitiativen wäre damit ein Versorgungsgrad von 50% bei den Kleinsten erreicht.

Mit einer durchschnittlichen Versorgung von 95% für Kindergartenkinder von drei bis sechs Jahren steht Darmstadt relativ gut da. Leider wird diese Abdeckung nicht in jedem Stadtteil erreicht. Deshalb fordern wir die gleichmäßige Verteilung der Kita-Plätze, damit die Kinder dort betreut werden, wo sie später auch die Schule besuchen. Das Angebot an Ganztagsplätzen und Kitas mit zeitflexiblen Öffnungszeiten ist zu erweitern und auf die Bedürfnisse der kleinen und großen Bewohner/innen in den Stadtteilen abzustimmen.

Wir kämpfen für gebührenfreie Kinderbetreuung, denn alle Kinder müssen von klein auf Zugang zu einer qualifizierten Betreuung bekommen.

Es kostet Zeit, jedes einzelne Kind individuell zu fördern. Doch statt-

dessen können aufgrund von Personalmangel Sprachförderungsprogramme teilweise schon nicht mehr umgesetzt werden. Deshalb ist eine deutliche Verbesserung des Betreuungsschlüssels, also der Zahl der Erzieher/innen pro Kindergruppe, dringend erforderlich.

Die optimale Förderung von Sprache, Spiel und Sozialverhalten aller Kinder ist nur von gut ausgebildeten und motivierten Erzieherinnen und Erziehern zu leisten. Sie brauchen wirkliche Anerkennung und Wertschätzung. Deshalb setzen wir uns für gute Arbeitsbedingungen und deutlich bessere Bezahlung ein.

Kinder sind unsere Zukunft. Wir müssen die Voraussetzungen schaffen, dass diese Perspektive für alle großen und kleinen Familien gilt, gleich ob sie reich oder arm, ob sie alteingesessen oder zugewandert sind. Heike Meißner

Das städtische Klinikum vor Ausverkauf schützen

Bei den Krankenhäusern wurde in der Vergangenheit massiv gespart. Mit dem Ergebnis, dass zehntausende Arbeitsplätze bundesweit vernichtet wurden, und die Qualität der Versorgung abgenommen hat.

Das Klinikum Darmstadt ist ebenfalls von dieser grundfalschen Gesundheitspolitik der Bundes- und Landesregierung betroffen. In den Jahren 2000 bis 2009 wurden dem Klinikum durch Kürzungen in der Leistungsvergütung und nicht getätigte Investitionen 44 Mio. Euro vorenthalten. Ohne diese Kürzungen gäbe es kein Defizit.

DIE LINKE hat es 2009 abgelehnt, den Eigenbetrieb formal zu privatisieren und zu einer gemeinnützigen

GmbH umzuwandeln. Wir befürchten durch diesen Schritt eine weitere Zunahme der Arbeitsbelastung für die Beschäftigten mit negativen Auswirkungen auf die Behandlungsqualität der Patientinnen und Patienten. Die Alternative wäre gewesen, das Jahresdefizit als Preis für gute medizinische Versorgung unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen zu akzeptieren.

Mehr Patientinnen und Patienten durch weniger Personal zu versorgen ist die Losung des Marktes, um das Defizit abzubauen. Für uns sind Markt und Wettbewerb nicht mit dem Auftrag eines öffentlichen Krankenhauses vereinbar. Wir fordern

wieder deutlich mehr Beschäftigte für das Klinikum. Wir fordern die Einführung von verbindlichen Personalmindeststandards, und wir fordern die Rückumwandlung des Klinikums in ein Unternehmen mit öffentlicher Rechtsform.

Um das städtische Klinikum vor einem kompletten Ausverkauf zu schützen, ist es unerlässlich, dass die Stadt das jetzige Defizit von 2 Mio. Euro sowie kommende Defizite über Trägerzuschüsse aus dem städtischen Haushalt abfedert. Es wäre unverantwortlich, hierfür das Eigenkapital der Klinikum GmbH abzuschmelzen.

Gesundheit und gute Arbeit haben ihren Preis! Tobias Paul

Eine Stadt für alle!

Das fordern wir in unserem Kommunalwahlprogramm. Darin sind unsere Positionen und Forderungen ausführlich dargestellt. Sie finden es auf unserer Website: www.linke-darmstadt.de

Wir schicken Ihnen auch gerne eine Kopie zu. Wenden Sie sich an DIE LINKE, Darmstadt, Hoffmannstr. 4, 64283 Darmstadt oder 06 15 1 / 39 14 62 9.

Schuldenbremse heißt Sozialabbau. Deshalb: NEIN!

Argumente auf www.handlungsaehiges-hessen.de und www.gerecht-geht-anders-hessen.de

WIR MACHEN DRUCK!



Martina Hübscher-Paul · Uli Franke · Gabi Budka · Natalie Krieger · Stefan Nold
Karl-Heinz Böck · Werner Krone · Heike Meißner · Hüdaverdi Kaya · Bianca Teipelke

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten

- | | |
|---------------------------|--------------------------------|
| 1. Karl-Heinz Böck | 27. Harald Brier |
| 2. Natalie Krieger | 28. Edith Humeau |
| 3. Martina Hübscher-Paul | 29. Reiner Vogel |
| 4. Werner Krone | 30. Stefanie Klement |
| 5. Heike Meißner | 31. Kalle Bartelt |
| 6. Uli Franke | 32. Andrea Plaßmeier |
| 7. Gabi Budka | 33. Steffen Weber |
| 8. Stefan Nold | 34. Erika Rieger |
| 9. Bianca Teipelke | 35. Ibo Gilbert |
| 10. Hüdaverdi Kaya | 36. Filomena Valente Nold |
| 11. Ronja Scheifl | 37. Falk Prahll |
| 12. Many Rugies | 38. Katrin Metzger |
| 13. Brigitte Welter | 39. Norbert Schneider |
| 14. Babak Zandi | 40. Daniela Schmidt-Hinderlich |
| 15. Imran Malik | 41. Wolfgang Weber |
| 16. Manuela Anton | 42. Moritz Hauschild |
| 17. Fritz Schmidt-Kleiner | 43. Trutz Schadt |
| 18. Verena Hoppe | 44. Frank Gerfelder-Jung |
| 19. Helmut Angelbeck | 45. Michael Nickel |
| 20. Lisa Hofmann | 46. Ralph Decker |
| 21. Tobias Paul | 47. Waldemar Sarezki |
| 22. Lena Etzel | 48. Peter Schulz |
| 23. Rainer Keil | 49. Artur Rümmler |
| 24. Dagmar Kern | 50. Kurt Nothnagel |
| 25. Edmund Schenk | 51. Dieter Steinmeyer |
| 26. Jutta Jung | 52. Michael Kaffenberger |

Wählen Sie am 27.3. Liste 5

DIE LINKE.

Menschen vor Profite